

## Anno... 48. Woche

1847, 29. November: In London beginnt der Zweite Kongreß des Bundes der Kommunisten, der zu dieser Zeit Gemeinden in mindesten 30 Städten Europas und den USA unterhält. Gut fünf Monate nach dem Ersten Kongreß, auf dem sich der Bund der Gerechten umbenannt hatte, wird bis zum 8. Dezember die endgültige Fertigstellung von Programm und Statut der Partei erörtert. Neben den Mitgliedern der Zentralbehörde Heinrich Bauer, Joseph Moll und Karl Schapper sowie Delegierten aus Großbritannien, Deutschland, Dänemark, Polen und der Schweiz nehmen auch Friedrich Engels für Paris und Karl Marx für Brüssel an den Beratungen teil. Marx und Engels werden beauftragt, bis Januar 1848 das Parteiprogramm in Form eines Manifestes der Kommunistischen Partei zu verfassen.

1917, Ende November: Nachdem US-Botschafter David Francis in Petrograd schon am 22. November die diplomatischen Vertreter der übrigen alliierten Mächte auf eine Nichtanerkennung der Sowjetregierung und die Ablehnung ihres Friedensangebotes verpflichtet hatte, beschließt eine Konferenz der Ententemächte in Paris diesen antisowjetischen Kurs. Zugleich werden finanzielle und militärische Hilfeleistungen für die zaristisch-monarchistischen und anderen konterrevolutionären Kräfte in Rußland beraten.

1947, 29. November: In New York stimmt die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit der UN-Resolution 181 dafür, das britische Mandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen Staat mit einer internationalen Zone in und um Jerusalem aufzuteilen. Für die Resolution stimmen 33 Staaten, darunter auch die UdSSR, und dreizehn Staaten, darunter die arabischen Staaten, dagegen; zehn Staaten enthalten sich der Stimme. Dem Teilungsplan zufolge entfallen auf den jüdischen Staat mit 710000 Einwohnern 56 Prozent des Territoriums – gegenüber 1,3 Millionen Arabern auf 44 Prozent des Gebietes. Der am 14. Mai 1948 ausgerufene Staat Israel fixiert indes überhaupt keinen Grenzverlauf.

1952, 29. November: In Frankfurt/Main wird die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) gegründet. Hervorgegangen aus der »Notgemeinschaft für den Frieden in Europa«, haben sich in ihr ehemalige Mitglieder der CDU und CSU, der Zentrums- und der Bayernpartei sowie Anhänger der Bekennenden Kirche zusammengeschlossen, die Gegnern der von CDU-Kanzler Konrad Adenauer betriebenen Wiederaufrüstung ein – vorrangig christlich orientiertes – Forum bieten wollen. Prominentestes Gründungsmitglied ist der frühere CDU-Bundesinnenminister Gustav Heinemann (1899–1976), der später zur SPD wechselte. Nach ausbleibenden Wahlerfolgen auf Bundesebene löst sich die GVP 1957 wieder auf; zuvor waren viele weitere Parteimitglieder, darunter Erhard Eppler oder Johannes Rau, bereits zur SPD gewechselt.  
*<https://www.jungewelt.de/artikel/96429.anno-48-woche.html>*